

**John Locke (1632-1704)**

## John Lockes Staatstheorie - Widerstandsrecht als Recht des Volkes zur Selbstverteidigung gegen Regierungen bei Angriffen auf Leben, Freiheit, Eigentum und Sicherheit

Die Ideen des Liberalismus, der Gewaltenteilung eines Staatswesens, gehen erstmalig auf den englischen Philosophen und Naturwissenschaftler John Locke (\* 1632, † 1704) zurück. Er wird als einer der bedeutendsten Denker der frühen Aufklärung (1650 - 1800) bezeichnet, denn er war der Erste, der eine Erkenntnistheorie aufstellte und in diesem Zusammenhang seine Staatstheorie formulierte, die u.a. ein Widerstandsrecht des Volkes gegen Regierungen beinhaltete („Zweite Abhandlung über die Regierung“).

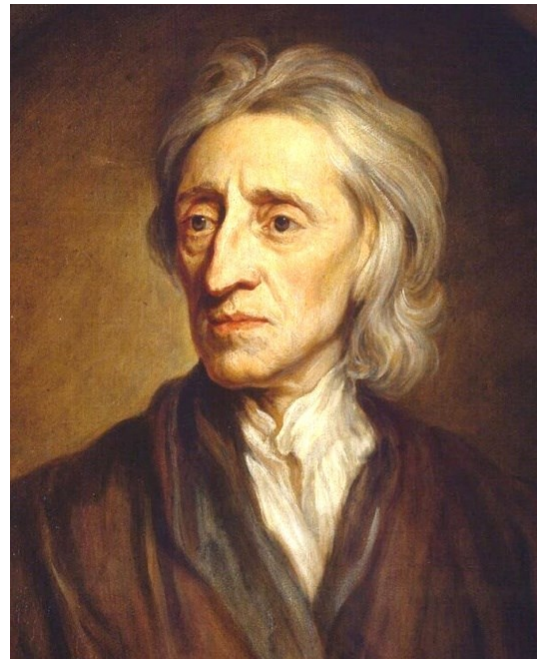
Nicht nur zu seiner Zeit überaus kühne Gedanken, die das Denken und die Welt verändern sollten!

John Locke, entschiedener Verfechter des Widerstandsrechtes, kam zu folgender Erkenntnis:

*„Alle Menschen sind im Naturzustand frei und gleich; Für alle gelten die gleichen Naturrechte: Das Recht auf Leben, Freiheit, Eigentum; Alle haben das Recht auf Selbsterhaltung und Selbstverteidigung gegen jegliche Angriffe, die ihre Naturrechte bedrohen; Mit einem Gesellschaftsvertrag verlassen sie ihren Naturzustand und gehen zum Schutz vor Angriffen eine gesellschaftliche / politische Bindung ein; Sie übertragen ihr Selbstverteidigungsrecht auf den Staat als politische Körperschaft; Die durch den Gesellschaftsvertrag konstituierte Regierung soll die Werte des Einzelnen schützen; Tut sie das nicht oder erfolgen rechtswidrige Angriffe durch den Staat auf Leben, Freiheit, Eigentum des Volkes, erfolgt der Bruch des Gesellschaftsvertrages; Die Regierung setzt sich gegenüber ihrem Volk in einen Kriegszustand; Dadurch erhält das Volk das Recht auf natürliche Selbstverteidigung zurück, wie vor Abschluss des Gesellschaftsvertrages; Damit wird legitim, wenn das Volk sein Recht auf natürliche Selbstverteidigung wahrnimmt“.*

Er wies darauf hin,

„(...), dass der hierdurch verursachte Kriegszustand dann nicht vom Volk, sondern von der Regierung verschuldet sei“ und formulierte seine Grundaussagen zusammengefasst folgendermaßen:



John Locke (1632 – 1704), Vordenker eines modernen Staatswesens

1. *„Die Regierenden können nur dann legitim regieren, wenn sie die Zustimmung der Regierten haben“.*
2. *„Diese Regierung muss die Naturrechte der Menschen achten: Leben, Freiheit, Eigentum und diese beschützen“.*
3. *„Wenn sie diese nicht achtet, dann haben Bürger ein Widerstandsrecht. Der hierdurch verursachte Kriegszustand ist nicht vom Volk, sondern von der Regierung verschuldet“.*
4. *„Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sein persönliches Glück anzustreben“ (Pursuit of happiness).*

### **Das Volk soll Richter sein - Regierungen sind nur Beauftragte des Volkes**

Über die Entscheidung, wann der Einsatz des Widerstandsrechtes erfolgen sollte, formulierte John Locke: *„Das Volk soll Richter sein“*, da die Regierung nur Beauftragter des Volkes sei und nur das Volk entscheiden könnte, nicht der Beauftragte. Damit wurde alles Bisherige durch ihn in Frage gestellt, vor allem auch der Grundsatz zu seiner Zeit: *„The King can do not wrong“ (Der König kann nichts falsch machen)*. John Locke gab das Signal an die Welt, durch rationales Denken alle den Fortschritt hemmenden Strukturen überwinden zu können, auch legal zu beseitigen und abzuschaffen. Selbstverständlich konnte er zu seiner Zeit nicht ahnen, dass sein Parlamentarismus nur dreihundert Jahre später auch „Wandlungen in die Moderne“ erfahren sollte und „Volkes Wille als Auftraggeber“, bei allgemeiner Unzufriedenheit mit der Regierung als „Beauftragten des Gesellschaftsvertrages“, nicht unbedingt zwingend zu deren Abwahl oder Abdankung führen muss, sondern sich diese daraufhin mit ebenfalls minder geachteten Partnern zusammenschließen können und Koalitionspartnerschaften eingehen und mit dieser Koalitions-Mehrheit, einer sogenannten „Ampelregierung“, dann weiterhin einfach bleiben können und in ihrem Sinne weiterregieren... Solch Denken und Handeln, per Gesetz reglementiert, war zu seiner Zeit noch nicht erfunden worden.

Johann Wolfgang von Goethe (1749 – 1832), selbst Minister im Staatsdienst des Herzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, hat dieses Verhalten des Machthungers und Machtmissbrauchs von Regierungen, mit ihrer beispiellosen Verachtung über Volkes Willen hinweg, folgendermaßen glossiert:

***„Welches Recht wir zum Regiment haben, danach fragen wir nicht: Wir regieren. Ob das Volk ein Recht habe, uns abzusetzen, darum bekümmern wir uns nicht: Wir hüten uns nur, daß es nicht in Versuchung komme, es zu tun.“***

In England wurde 1689, auf Grund von Lockes Erkenntnissen, ein „Gesetzesentwurf der Rechte“ (Bill of Rights) vom Parlament verabschiedet. Der Monarch stand ab sofort nicht mehr „durch göttliches Recht über dem Gesetz“ - er wurde durch die Regeln des Parlaments zu einer Amtsperson, die dem Gesetz unterworfen war. Die Grundlage für den modernen Parlamentarismus war damit erstmalig geschaffen. Ein neues Denken und neues Selbstbewusstsein setzten ein. John Lockes Erkenntnisse wurden Vorbild späterer Verfassungssysteme, wie der Unabhängigkeitserklärung von Amerika 1776, mit der sich die damaligen 13 Staaten zur Loslösung von der englischen Krone auf das Widerstandsrecht nach Locke beriefen. Seine Gedanken fanden ebenfalls Eingang in die „Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika“ 1787 und in die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ in Frankreich 1789. Weitere zahlreiche revolutionäre Bewegungen und Erhebungen wurden immer wieder von seinen aufklärerisch-liberalen Vertragstheorien geprägt, auch wenn Volksmassen, wenn „Volk“, von seinen

Herrschern gern verächtlich als Pöbel oder Pack bezeichnet, unzufrieden wurde oder war. Wenn deren Unmut über Unrecht und Willkür, Selbstherrlichkeit der Regierenden, Nichteinhaltung von Gesetzen durch politische Entscheidungen und Überhandnehmen von Angriffen auf ihre Menschenrechte entgegen des Gesellschaftsvertrages, zum Widerstand führte, dann wurden zumeist Energien freigesetzt, mit denen sie ihren Regierungen die weitere Zustimmung verweigerten und Veränderungen einforderten. Die Gehorsamspflicht wurde gekündigt, das Widerstandsrecht wahrgenommen, ob bei den vielen revolutionären Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts bis hin zur Friedlichen Revolution des 20. Jahrhunderts und der damit verbundenen Wiedervereinigung der unterschiedlichen zwei deutschen Staaten.

### ***Die Thesen John Lockes über das Widerstandsrecht – bis heute hochaktuell***

Diese revolutionären Ereignisse und Umbrüche in der Geschichtsschreibung werden als Ausgangspunkt für den Siegeszug der bürgerlichen Demokratie angesehen, mit dem die historisch begründete Entwicklung eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbruchs in fast ganz Europa verbunden war. Das Volk hatte den Morgenwind der Freiheit, seine eigene Kraft, gespürt.

John Lockes Thesen fanden als Grundgedanken der Demokratie auch Eingang in das heute geltende Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland:

***„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt“.***

Ebenfalls zugestanden wurde, dass es zu den Rechten eines jeden Menschen gehört, sich unter bestimmten Bedingungen gegen staatliche Gesetze oder Maßnahmen aufzulehnen und den Gehorsam verweigern zu dürfen. Die Thesen John Lockes haben bis heute nichts an ihrer Brisanz eingebüßt. Seine Grundgedanken des „Widerstandsrechts eines Volkes“ wurden mit dem in Art. 20 Abs. 4 GG gewährten Recht zum Widerstand seit 1968 auch Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der BRD:

***„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“***

Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang:

„Das Recht zum Widerstand richtet sich vor allem gegen staatliche Organe selber, die versuchen, durch politische Entscheidungen (Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen), die gegebene Verfassung oder Teile davon außer Kraft zu setzen, zu beseitigen oder umzustürzen. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass staatliche Organe sich durchaus verfassungswidrig verhalten können, selbst wenn sie durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes handeln“, wie es in der nationalsozialistischen Zeit praktiziert wurde. (s. Wikipedia „Widerstandsrecht“).



*Reichstagsgebäude Berlin – Parlamentssitz des Deutschen Bundestages*

## **Wo stehen wir heute im Jahr 2022? Kennt die Regierung überhaupt noch ihren Volksauftrag?**

Diese Fragen sollte und kann sich nur jeder selbst beantworten. Ein Goethe-Spruchwort sagt:

***Wenn wir bewahren wollen, was wir haben,  
müssen wir viel verändern.***

Wir müssen viel verändern! Das ist sicherlich der einzige Modus, unter dem das weitere Miteinander zwischen Volk als Auftraggeber und den Regierenden als Beauftragten gesehen werden kann. Offenbar haben Regierungsvertreter, die als frei gewählte Vertreter des Volkes entsprechend des gemeinsamen Gesellschaftsvertrages für dessen Grundrechte wie Leben, Freiheit, Eigentum und Sicherheit einzutreten und damit diese Werte zu beschützen hätten, längst ihren Gesellschaftsauftrag vergessen. Oder verraten?

Denn die momentane Situation in Deutschland führt wiederum zu John Locke und seinen Darlegungen des Gesellschaftsvertrages. Die heutige Erkenntnis herrschender Unzulänglichkeiten, der damit verbundenen tiefen Kluft zwischen dem Volk als Auftraggeber und der Regierung als vom Volk Beauftragte, führt zu dem Vergleich, der einst auch schon John Lockes Bestrebungen gekennzeichnet hat: Nach kontrollierbaren gesellschaftlichen Institutionen und der Durchsetzung individueller Bürgerrechte, gegebenenfalls auch gegen das bestehende Staatswesen, das seinen Auftrag vergessen zu haben scheint. Wir befinden uns in einem ökonomischen, sozialen und politischen Umbruch, der eine breite Aufbruchstimmung hervorgerufen hat. Geschichte wiederholt sich bekanntlich immer wieder.

Aufbruchstimmung – das ist offenbar auch der spürbare Auslöser für viele Meinungen zur aktuellen Politik, die sich in ernsthafte Ergebnissen der Meinungsforschung widerspiegeln. Wir befinden uns im ökonomischen, sozialen und politischen Umbruch, nur das Ziel der Reise ist noch ungewiss. Viele Bürger, die anlässlich der Bundestagswahl 2021 eine eindeutig ablehnende Haltung zu den maßgeblichen Parteien mit ihren Wahlprogrammen und Kandidaten zum Ausdruck gebracht hatten, fühlen sich nun nach deren Zusammenschluss nach der Wahlniederlage zu einer Ampelregierung zu Recht verraten und nicht ernst genommen. Denn nun werden trotz Wahlniederlage die vom Volk abgelehnten Wahlprogramme dennoch durchgesetzt, durch die ebenfalls vom Volk nicht gewählten und abgelehnten Kandidaten und Parteien, die nun Regierungsvertreter und -parteien geworden sind.

Enttäuschung und Zorn macht sich breit, über eine Politik, die Interessen und Wünsche des Volkes schon längst nicht mehr ernst- und wahrnimmt und die für jeden, der eine andere Meinung als die staatlich erwünschte zu äußern wagt, diese in die „Braune Ecke“ als AfD-Anhänger oder als „Nazis“ stellt.

Studien zu Meinungsforschungen des Mitteldeutschen Rundfunks / Fernsehen (MDR) im Jahr 2019 hatten bereits schon eindeutig festgestellt: Die Menschen haben zunehmend ein Gerechtigkeitsproblem mit ihrem Staat, mit ihrer Regierung. Sie sind auch 2022 unzufrieden mit einer Politik, die sie zunehmend in Existenzängste treibt, sie sind unzufrieden mit einer Migrationspolitik, die kaum einer in dieser Form akzeptiert, sie sind fassungslos über die Haltung Deutschlands im Ukraine Krieg und gegenüber Russland und nicht einverstanden mit ihrer Regierung, die über seit Generationen angespartes Volksvermögen, wie der Renten- und Krankenkasse, selbstherrlich verfügt

und über den Kopf des Volkes hinweg Entscheidungen trifft, die dieses nicht nachvollziehen kann, noch weniger befürworten.

Der MDR stellte schonungslos ganz klar heraus: Ungerechtigkeit kann ein Volk böse machen!

Politiker haben die Pflicht und Aufgabe, die Gesellschaft zu lenken, damit dem Volk kein Schaden entsteht. Diese erwartete Auftragserfüllung ist mehr als fragwürdig geworden.

Es ist beeindruckend, wenn man Geschichte und Gegenwart im Konsens betrachtet und feststellen kann oder muss – Historie und Gegenwart liegen sehr oft nah beieinander. Seit der Philosoph und Naturwissenschaftler John Locke seine Erkenntnisse der Staatstheorie formulierte, die zur Grundlage jeglicher Staatsformen der Demokratie wurden, kommt es dennoch immer wieder zu Diskrepanzen zwischen Volk und Regierung.

Regierungen vergessen nur zu oft und allzu gern, dass sie als „Beauftragte des Volkes“ in dessen Auftrag zu handeln haben und dass sie durch den geschlossenen Gesellschaftsvertrag die Naturrechte jedes einzelnen freien Menschen und des gesamten Volkes zu achten und zu beschützen haben (Leben, Freiheit, Eigentum, Sicherheit) und in ihrer politischen Verantwortung nicht Inhaber absoluter Macht sind. Bei Vertragsverletzungen durch die Regierenden hat das Volk ein Recht, den Gehorsam zu verweigern und Veränderungen einzufordern. Soweit die Theorien Lockes, die sich auch in unserem Grundgesetz wiederfinden.

**Wie weit darf Gehorsam nach den Thesen John Lockes gehen? Er gibt klare Auskunft:** Widerspruch sollte angesagt sein, wenn Inhaber politischer Verantwortung ihre Berufung mit Handlungen vertauschen, die sie zu Inhabern absoluter Macht ermächtigt. Denn, es gibt Grenzen des staatlichen Handelns, es gibt Wertefundamente in Staat und Gesellschaft, unveräußerliche Menschenrechte – wenn diese Grundordnung einer Demokratie angegriffen wird, sollten wir alle in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat sehr wachsam werden. Diese Entwicklungen gab es bereits in der Geschichtsschreibung. Die Würde des Menschen, aller Menschen, hat oberste Priorität!

©Renate Schönfuß-Krause

02. August 2022